

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



37. Jahrgang / 2

5. Januar 1982

Inhalt

Andreas von Bülow, Bundesminister für Forschung und Technologie, fordert Wirtschaft und Industrie zu neuen technologischen Anstrengungen auf.

Seite 1-3

Peter Conradi MdB, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, sieht die wohnungspolitische Verantwortung verstärkt bei Ländern und Kommunen.

Seite 4

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, setzt sich für ein Festhalten an der Entspannungspolitik ein.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Forschungspolitik ist Gesellschaftspolitik

Sozialistische Forschungspolitik für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen

von Dr. Andreas von Bülow MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Mit dem Übergang in die 80er Jahre ist der Forschungs- und Technologiepolitik zunehmend die Aufgabe zugewachsen, konsequent einen Beitrag zur Modernisierung der Volkswirtschaft zu leisten. Energie- und Rohstoffprobleme und der härter werdende Konkurrenzkampf der hochindustrialisierten Länder untereinander fordern die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft in immer stärkerem Ausmaß heraus. Noch behaupten wir einen guten Platz in der Spitzengruppe der Industrieländer und vermögen unseren Wohlstand auf recht hohem Niveau zu halten. Diese Position darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ernst zu nehmende Anzeichen dafür gibt, daß in wichtigen Bereichen die Bundesrepublik droht, von der internationalen Konkurrenz verdrängt zu werden. Ohne technischen Wandel und ohne deutliche Fortschritte bei Forschung und Technologie werden wir diese Herausforderung nicht bestehen.

Die Forschungs- und Technologiepolitik der Sozialliberalen Koalition hat in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, daß Forschung und Entwicklung auf die Bearbeitung von Engpaßproblemen gerichtet wurde. Wir haben uns mit dem Energieforschungsprogramm und den Programmen Rohstoffe und Meerestechnik um die Voraussetzungen zur Sicherung der materiellen Ressourcen gekümmert und dafür Sorge getragen, daß bei diesen Entwicklungen den Belangen des Umweltschutzes frühzeitig Rechnung getragen wurde. Die von Sozialdemokraten federführend verantwortete Politik hat Forschung und Entwicklung zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verknüpft mit der Aufgabe, die Arbeitswelt menschengerecht zu gestalten und zum Beispiel die Voraussetzungen zur Humanisierung der Arbeitsplätze wie sie das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht, zu schaffen.



Eine Lösung der vor uns liegenden Probleme allein durch die Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes ist nicht vorstellbar. In deutlich versträtktem Maße muß die Wirtschaft, die ja auch in vielen Bereichen Nutznießer der Ergebnisse dieser Politik ist, ihrer Mitverantwortung gerecht werden. Für das Jahr 1982 erwarte ich - und erhoffe mir - eine breite gesellschaftspolitische Diskussion darüber, wie wir Forschung und Technologie in einer gemeinsam von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften getragenen Gesamtstrategie voranbringen wollen. Vorrangig im Bereich der zukünftigen Energiesicherung und der Energieforschung müssen wir zu einer Neuverteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Lasten kommen. Die Aufgabe des Staates kann bei Forschung und Entwicklung, wenn das Stadium der anwendungsnahen Ergebnisse und sich abzeichnender Anwendungsfelder für eine Technologie erreicht ist, nicht in der alleinigen Risikoübernahme bestehen. Auch hier muß gelten, daß Aufgabe des Staates ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Diese in der Öffentlichkeit für viele gesellschaftliche Bereiche geforderte Funktion der öffentlichen Hand muß auch in der Forschungs- und Technologiepolitik gelten. Wenn es gelingt, Chancen, Risiken und finanzielle Auswirkungen von Forschung und Entwicklung in gemeinsamer Verantwortung zu tragen und entsprechende Regelungen zu entwickeln, wird auch das Bemühen, die Bürger von der Notwendigkeit des technischen Wandels zu überzeugen, erfolgreich sein. Ohne einen breiten Konsens in der Gesellschaft, den wir durch ständigen Dialog, offene Auseinandersetzung und vertrauensvolles Miteinander erreichen werden, wird weder die Forschungs- und Technologiepolitik die von ihr erwartete Rolle spielen, noch die Bundesrepublik Deutschland diese Probleme meistern können.

Die alleinige Entwicklung von wissenschaftlichem und technischem Erkenntnisstand reicht aber nicht aus. Woran es uns heute fehlt, ist vielfach die rasche Umsetzung neuer Erkenntnisse in die industrielle Praxis. Es ist offenkundig, daß in verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft sich eng zusammenschließen, um die Märkte der Zukunft für die jeweilige Volkswirtschaft zu sichern. Wir werden diese Maßnahmen im einzelnen sowohl aus gesellschafts- wie ordnungspolitischen Gründen nicht einfach kopieren können. Wir müssen aber aus diesen Beispielen lernen und eigene, ebenso leistungsfähige Lösungen entwickeln. Es reicht nicht aus, wenn sich unsere Wirtschaft und Industrie auf den Erfolgen der sechziger und siebziger Jahre ausruht, sondern wir müssen in eine Phase eines neuen Aufbruchs durch Produktinnovationen eintreten. Technologieintensive Güter und Produktionen werden die Wachstumsmärkte der Zukunft bestimmen. Damit wir auf diesen Märkten mithalten können, ist eine rasche und breite Anwendung der Schlüsseltechnologien, wie der Mikroelektronik, der Biotechnologien, der Nachrichtentechniken und der Informationstechnologien um nur einige zu nennen, erforderlich. Die Intensivierung der Maßnahmen zum Technologietransfer und zur Innovationsförderung sind daher ein Schwerpunkt der Forschungs- und Technologiepolitik den ich für 1982 und die folgenden Jahre gesetzt habe. Beispielhaft möchte ich hier nur das Sonderprogramm Mikroelektronik nennen, durch das wir Entwicklungen in Betrieben, bei denen die Technologie der Mikroelektronik funktionsbestimmend ist, zur breiten Anwendung bringen wollen. Dieses Programm zielt darauf, unsere mittelständli-



schen Unternehmen zu ermuntern, sich dieser Technologietechniken zu bedienen, ihre Produkte auf dem höchsten technischen Niveau auszugestalten und so für die zukünftige Entwicklung der internationalen Märkte gerüstet zu sein.

Wenn es gelingt, mit diesen Programmen dazu beizutragen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie keinen Schaden leidet, so tragen wir auch zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze bei. Niemand kann und darf die Risiken, die der technische Wandel für die Zahl der Arbeitsplätze und die von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen verlangten Qualifikationen mit sich bringt, verniedlichen oder verschweigen. Diesen Prozeß sozial verantwortlich zu gestalten, ist zunächst nicht Aufgabe der Forschungs- und Technologiepolitik. Indem wir den Dialog mit der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Gruppen suchen, helfen wir den Tarifpartnern die Sozial- und Bildungspolitik und letztlich auch die Gesellschaftspolitik besser einschätzen zu können. Dadurch kann der wirtschaftliche und soziale Wandel von einem breiten Konsens der Bevölkerung getragen werden. Auch in Zukunft gilt daher für die sozialdemokratische Forschungs- und Technologiepolitik, daß sie nicht für Beamte oder Wissenschaftler entwickelt wird, sondern zur Vorsorge bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande beitragen muß.

(-/5.1.1982 /hi/hgs)

+ + +



Nach dem Handstreich im Vermittlungsausschuß

Die wohnungspolitische Verantwortung liegt nun bei den Ländern

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit einem legislativen Handstreich hat der Vermittlungsausschuß das "Gesetz zum Abbau der Fehlförderung und der Mietverzerrung im Wohnungsbau" in das Haushaltsstrukturgesetz hineingepreßt. Damit wird die wohnungspolitische Verantwortung stärker als bisher auf die Länder verlagert. Das gilt vor allem im sozialen Mietwohnungsbau, wo es durch die Anhebung der Zinsen auf acht Prozent für die bis 1960 gewährten Darlehen und auf sechs Prozent für die bis 1970 bewilligten Darlehen zu Mieterhöhungen kommen wird. Die CDU/CSU hat damit durchgesetzt, daß nicht nur die besser verdienenden Sozialmieter (die "Fehlbeleger") höher belastet werden, wie es die SPD vorhatte, sondern daß alle Sozialmieter höhere Mieten zahlen müssen. Auch die Eigenheimer im sozialen Wohnungsbau und die Mieter von Bundes-, Landes- und Gemeindewohnungen werden unabhängig von ihrem Einkommen mit Aufschlägen rechnen müssen. Die Landesregierungen haben es in der Hand, die Mieterhöhungen durch Festlegung von Obergrenzen zu begrenzen. Es wird also an ihnen liegen, welche Mieterhöhungen die Sozialmieter 1982 bei stagnierenden oder gar sinkenden Reallohnen aufzubringen haben!

In den Gemeinden mit mehr als 200.000 Einwohnern bleibt die Belegungs- und Mietpreisbindung der sozialen Mietwohnungen bestehen. Damit ist dort der von der Union geplante Ausverkauf des sozialen Mietwohnungsbaus gerade noch verhindert worden. Die Landesregierungen können diese Bindungen jedoch auch in kleineren Gemeinden aufrechterhalten und damit auch dort den sozialen Wohnungsbau den Familien erhalten, die darauf angewiesen sind.

In den Gemeinden mit mehr als 300.000 Einwohnern können die Länder eine Fehlbelegungsabgabe für Sozialmieter einführen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus deutlich überschreitet. Die Öffentlichkeit wird registrieren, welche Landesregierung von diesem Instrument zur größeren Gerechtigkeit im sozialen Wohnungsbau Gebrauch macht.

Schließlich wird es vor allem bei den Ländern liegen, ob die aus diesen Mieterhöhungen eingehenden Mittel auch wieder dem sozialen Wohnungsbau zufließen und in welcher Art dies geschieht. Es darf nicht passieren, daß die Eigentumsfetischisten der Union in "ihren" Ländern den Sozialmietern in den Städten höhere Mieten aus der Tasche ziehen und damit draußen auf dem Land, wo keine Wohnungsnot herrscht, die Eigentumsbildung im Wohnungsbau fördern!

Der Bund hat sich mit diesem Gesetz aus einem wichtigen Bereich der Wohnungspolitik verabschiedet. Es wird Sache der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtagen und in den kommunalen Parlamenten sein, für Obergrenzen der Mieterhöhungen, für die Erhaltung des Bestands an Sozialmietwohnungen, für eine gerechte Fehlbelegungsabgabe und für den Neubau von Sozialmietwohnungen in den Städten zu kämpfen. Die Städte sollen dabei nicht nur Objekt der Wohnungspolitik ihres Landes sein, sie sollen selbst durch Beschlüsse der kommunalen Parlamente auf die jeweilige Landesregierung einwirken. Die Wohnungspolitik soll also nicht nur in den Landtagen, sie muß auch in den Kommunen diskutiert und durch Beschlüsse in Bewegung gehalten werden. (-/5.1.1982/ks/hgs)

+ + +



Erinnerung an Jalta

Entspannungspolitik dient dem Frieden und den Menschenrechten

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die jüngsten Entwicklungen in Polen haben die Erinnerung an Jalta wieder wachgerufen. Die Absprachen der alliierten Siegermächte von Jalta und Potsdam prägen immer noch Europas politische Gegenwart. Jalta und Potsdam sind die Folgen eines vom nationalsozialistischen Deutschland begonnenen und verlorenen verbrecherischen Krieges.

Jalta und Potsdam erinnern uns aber auch an die Zeiten des engen militärischen Bündnisses zwischen den Alliierten und insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges. Jalta und Potsdam erinnern daran, daß die alliierten Mächte und insbesondere die USA und die UdSSR ursprünglich gemeinsam die europäische Nachkriegsordnung und vor allem auch die künftige Ordnung im ehemaligen deutschen Reich regeln, prägen und bestimmen wollten.

Daß diese Zusammenarbeit gegen das nationalsozialistische Deutschland erfolgreich war, dem verdanken wir unsere heutigen demokratischen Freiheitsrechte. Daß die westlichen Alliierten und insbesondere die Vereinigten Staaten teils naiv und politisch leichtfertig im Umgang mit der UdSSR waren, das haben sie und wir später im Ringen um die Klärung der Sicherung Berlins und seines Rechtsstatus vielfach bereuen müssen. Bereit haben sicher auch später viele amerikanische Politiker die freiwillige Räumung der von ihnen ursprünglich besetzten Gebiete in der Tschechoslowakei, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg - eine Räumung, die einerseits Absprachen der Alliierten gemäß war, die andererseits aber auch über das spätere weitere Schicksal zumindest dieser Gebiete vorab entschied.

In seinem Verhalten gegenüber den Aufständen in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und gegenüber den reformkommunistischen Entwicklungen in der CSSR 1968 hat der Westen trotz aller verbaler Empörung faktisch die in Jalta und Potsdam vereinbarten Einfluszonen der Sowjetunion respektiert. Er hat damit letztlich die nach mehr Freiheit in Osteuropa drängenden Bevölkerungen ohne tatsächliche Hilfe und Unterstützung ihrem Schicksal überlassen. Meiner Meinung nach war dieses westliche Verhalten bitter für die Betroffenen und ein Zeichen für das Zurückstellen eigener demokratischer Prinzipien. Diese westliche Reaktion war aber gleichwohl politisch verantwortungsbewußt im vorrangigen Interessen der Erhaltung des Friedens. Im übrigen hat die Sowjetunion trotz aller Bekenntnisse zum proletarischen Internationalismus die kommunistischen Parteien Westeuropas bis auf wenige Ausnahmen faktisch auch nur immer innerhalb der für das in Interessenzonen aufgeteilte Europa geltenden ungeschriebenen Spielregeln unterstützt.

Geschichtsbewußte Politiker in den Vereinigten Staaten müßten also eigentlich Verständnis dafür haben, wenn wir Deutschen uns von der berechtigten Empörung über die jüngsten Entwicklungen in Polen nicht erneut in politische Sackgassen treiben lassen wollen: Wir haben 1953 und 1961 an der Grenze zwischen den Einfluszonen der Großmächte im eigenen Lande unmittelbar und 1956 und 1968 in unserer Nachbarschaft die mit markigen Worten verbundene tatsächliche Ohnmacht und die politische Hohlheit von Solidaritätsbekenntnissen erlebt und auch als Jüngere nicht vergessen. Wir wollen heute statt dessen nach Mitteln und Wegen Ausschau halten, die über die Äußerung berechtigter Empörung hinaus



den Menschen in Polen und ihrem legitimen und begrüßenswerten Streben nach mehr Freiheitsrechten soweit irgendetwas auch tatsächlich zu helfen vermögen.

Die Absage an die Entspannungspolitik halten wir dabei für einen Irrweg: Die Entspannungspolitik hat auf der Grundlage der in Europa als Folge des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Tatsachen, also faktisch weitgehend auf dem Boden der Absprachen von Jalta und Potsdam mit dem Berlin-Abkommen, den zahlreichen Ostverträgen, darunter insbesondere die Regelung unseres Verhältnisses zu Polen, zur Sowjetunion, zur Tschechoslowakei und zur DDR politisch den Menschen in Ost und West genützt. Sie hat bessere Bedingungen für Freiheitsrechte und Menschenrechte geschaffen und gleichzeitig den Frieden in Europa sicherer gemacht. Wir halten deshalb auch jetzt trotz aller Widrigkeiten und Widerstände an der Entspannungspolitik fest.

Die Entspannungspolitik hat noch lange nicht alle Probleme in Europa lösen können. Noch immer sind die demokratischen Selbstbestimmungsrechte von Staaten und ihren Bürgern in Osteuropa - nachdem die faschistischen Diktaturen in Spanien, Griechenland und Portugal glücklicherweise überwunden werden konnten - eingeschränkt. Wir Sozialdemokraten legitimieren diesen Zustand nicht. Auch wir verurteilen die Verletzung von Freiheitsrechten in Osteuropa. Weder in Ost, noch West, noch in Nord oder Süd sind Großmächte legitimiert, im Namen ihrer Sicherheitsinteressen oder um ihrer ideologischen Ziele und ökonomischen Vorteile willen das Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Staaten, von ihren Bürgern zu unterdrücken. Wir Sozialdemokraten sind immer und überall auf der Seite derjenigen, die für mehr Freiheits- und Menschenrechte eintreten. Diese sozialdemokratische Grundhaltung gilt auch für Osteuropa.

Die Entspannungspolitik dient vorrangig der Sicherung des Friedens. Die Fortsetzung und Intensivierung der Entspannungspolitik ist aber auch eine der notwendigen Voraussetzungen dafür, daß Freiheits- und Menschenrechte in ganz Europa ungehinderter als in der Vergangenheit wahrgenommen werden können. Die Vereinbarungen der KSZE-Schlußakte und die mit der KSZE zusammenhängenden politisch-gesellschaftlichen Prozesse sind wichtige Schritte zu den von uns Sozialdemokraten gewünschten Zielen. Nicht eine Neubelebung des Kalten Krieges, nicht eine zunehmende Konfrontation zwischen Ost und West, sondern die Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit, der Wille zur wechselseitigen Respektierung legitimer Sicherheitsinteressen können über eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West schrittweise zu einer europäischen Friedensordnung führen, in der auch die Sowjetunion als Ergebnis einer Neudefinition ihrer eigenen Sicherheitslage bereit ist, das Streben nach demokratischen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechten auch in Osteuropa zu respektieren. Die Sowjetunion könnte auf lange Sicht an einer solchen Neudefinition ihrer Interessenlage interessiert sein, weil ihre Beziehung zu den Staaten und Völkern Osteuropas bei Aufrechterhaltung der bisherigen sowjetischen Methoden vom immer wieder auf-flackernden Protest und dauernder Instabilität bedroht sind. (-/5.1.1982/Ks/hgs)

+ + +

